

Eigenerklärung zur Eignung

Innovationspartnerschaft
mit vorgelagertem Teilnahmewettbewerb
gem. §19 VgV

Vergabenummer: 23Wk-366

im Verfahren

Innovative Klärschlammverwertung 2023 bis 2032

Eigenerklärungen zur Eignung – VgV
Bieter (Name, Unternehmen)

<input type="checkbox"/> Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren im Bereich Forschung bei der Erzeugung von Kraftstoffen /speicherbaren Energieträgern mit biogenen Abfallstoffen (Ein Umsatz von 0€ gilt nicht als Nicht-Erfüllung der Mindestanforderungen)	Jahr	€
	2022	
	2021	
	2020	
Gesamtumsatz		

<input type="checkbox"/> Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren im Bereich der Entsorgung und Verwertung von Klärschlämmen (Ein Umsatz von 0€ gilt nicht als Nicht-Erfüllung der Mindestanforderungen)	Jahr	€
	2022	
	2021	
	2020	
Gesamtumsatz		



<input type="checkbox"/> Mein/Unser Betrieb ist in folgender Berufsgenossenschaft:		
Bezeichnung:		Mitgliedsnummer:
<input type="checkbox"/> Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes	<input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind eingetragen im Handelsregister unter	
	Nummer:	
	beim Amtsgericht:	
	<input type="checkbox"/> Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.	
<input type="checkbox"/> Über mein/unser Unternehmen wurde ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung eines solchen wurde beantragt oder mangels Masse abgelehnt oder das Unternehmen ist faktisch zahlungsunfähig.	ja	nein
	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Hiermit wird erklärt, dass nachweislich auf keine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, ein zwingender Ausschlussgrund (§ 123 Abs. 1 GWB) zutrifft und, ob eine schwere Verfehlung, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB) oder ein weiterer fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vorliegt.

Es liegt keine rechtskräftige Verurteilung oder Festsetzung einer Geldbuße nach § 30 OWiG wegen einer der folgenden Straftaten bzw. nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten vor (§ 123 GWB):

- § 129 StGB *Bildung krimineller Vereinigungen*
- § 129a StGB *Bildung terroristischer Vereinigungen*
- § 129b StGB *Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland*
- § 89c StGB *Terrorismusfinanzierung bzw. Beteiligung an einer solchen Tat*
- § 261 StGB *Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte*
- § 263 StGB *Betrug*
- § 264 StGB *Subventionsbetrug*
- § 299 StGB *Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr*
- § 108e StGB *Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern*
- §§ 333, 334 StGB *Vorteilsgewährung und Bestechung, jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB*
- Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung - *Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr*
- §§ 232, 233 StGB *Menschenhandel*
- § 233a StGB *Förderung des Menschenhandels*

Des Weiteren liegt **kein** Ausschlussgrund nach §§ 21, 23 Abs. 1, 2 AEntG, §§ 19, 21 Abs. 1, 2 MiLoG, § 21 SchwarzArbG oder § 98c AufenthG infolge der Belegung mit einer Geldbuße in Höhe von wenigstens 2.500 € bzw. infolge einer rechtskräftigen Verurteilung zu mehr als drei Monaten Freiheitsstrafe oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen wegen illegaler Beschäftigung vor. Es liegen daher im Gewerbezentralregister keine Eintragungen bezüglich dieser Vorschriften oder bezüglich § 81 Abs. 1 – 3 GWB vor, die Gegenstand eines Auskunftsanspruchs nach § 150a GewO sein können.

Liegt ein fakultativer Ausschlussgrund wegen eines schuldhaften Verstoßes gegen eine der folgenden Vorschriften vor (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)?

§ 70 StGB <i>Anordnung des Berufsverbots</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 132a StPO <i>Vorläufiges Berufsverbot</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 242 StGB <i>Diebstahl</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 246 StGB <i>Unterschlagung</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 253 StGB <i>Erpressung</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 259 StGB <i>Hehlerei</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 264 StGB <i>Subventionsbetrug</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 265b StGB <i>Kreditbetrug</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 266 StGB <i>Untreue</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 267 StGB <i>Urkundenfälschung</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 268 StGB <i>Fälschung technischer Aufzeichnungen</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§§ 283 – 283d StGB <i>Insolvenzstraftaten</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 298 StGB <i>Wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 306 StGB <i>Brandstiftung</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 319 StGB <i>Baufährdung</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§§ 324, 324a StGB <i>Gewässer- oder Bodenverunreinigung</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 326 StGB <i>Unerlaubter Umgang mit Abfällen</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 35 GewO <i>Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 17 Abs. 2 UWG <i>Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
§ 1 GWB <i>Verbot wettbewerbsbeschränkender Vereinbarungen</i>	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Liegt ein Verstoß im Sinne des § 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB vor gegen geltende

umweltrechtliche Vorschriften?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
sozialrechtliche Vorschriften?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein
arbeitsrechtliche Vorschriften?	<input type="checkbox"/> Ja	<input type="checkbox"/> Nein

Besteht ein Interessenkonflikt, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit vom öffentlichen Auftraggeber bei der Durchführung des Vergabeverfahrens in Frage stellt (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB)?

Ja

Nein

Besteht eine Wettbewerbsverzerrung dadurch, dass dieses Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB)?

Ja

Nein

Hat dieses Unternehmen bei der Ausführung eines früheren Auftrags oder Konzessionsvertrags eine wesentliche Anforderung erheblich oder dauerhaft mangelhaft erfüllt, woraus eine vorzeitige Beendigung, eine Schadensersatzpflicht oder eine vergleichbare Rechtslage resultierte (§ 134 Abs. 1 Nr. 7 GWB)?

Ja

Nein

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Ort, Datum

Unterschrift & Firmenstempel